

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1263.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1263.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Litzschko

Gezugprosa einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 15 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wetzlarweg 10. Tel. 25 281. Druckstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wetzlarweg 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 20 mm breite Komposition 30 Pf., die 30 mm breite Komposition 40 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietsuche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 36

Dresden, Dienstag den 12. Februar 1924

35. Jahrg.

Die Haffe-Wahl

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

Drei Wahlkämpfe lebten bisher in der Erinnerung der deutschen Sozialdemokratie als durch ein Höchstmaß von Lüge, Verleumdung und Schlammschüden gekennzeichnet: Neben der Attentatsbege von 1878 waren es besonders die „Parteiwahlen“ von 1887 und die „Gottentottwahlen“ von 1907, die alle Kanäle der organisierten Wahlverleumdung gegen die Sozialdemokratie öffneten und mit Hilfe jeglichen Terrors gelungene Parlamente schufen.

Thun hat sich jetzt als vierte die Haffe-Wahl in Thüringen angehängelt. Auch sie wird in der Erinnerung fortleben als eins der dunkelsten Kapitel neuerer Entwicklung. Auch sie hat, soweit sich bis jetzt die Wahlergebnisse überblicken lassen, ein den Anprüfungen der Arbeiter und der Schwerindustrie völlig genügendes Parlament zustande gebracht. Man darf daher der Dinge harren, die da kommen werden.

Was der sogenannte „Ordnungsbund“ unter dem Protektorat des Ausnahme-Generals Haffe allein an Geldmitteln aufgebracht hat, um die Sozialdemokratie niederzuringen, das wird wohl niemals ganz ans Licht der Öffentlichkeit kommen. Ganz ohne Zweifel aber ist, daß für diesen Wahlkampf ganz außerordentliche Fonds aufgebracht worden sind, und daß Schwerindustrie und Großagrarier das letzte Opfer gebracht haben, das sie dem Reich in seinen Kloten beharrlich verweigern. Die Ordnungsbund-Organisatoren waren von langer Hand vorbereitet. Deutlich erkennbar wurden die strategischen Absichten schon vor Entsendung des Reichskommissars nach Sachsen. Welche Unmenge von Tatzarenachrichten sind da nicht aus industriellen Quellen von Sachsen aus über das Reich ausgeschüttet worden, bis Stresemann seinen Heimgang vollzogen. Prompt legte dann die Aktion in Thüringen ein. Bis dahin war dieses Land kaum erwähnt worden. Zwar hatte man zuweilen genannt, weil doch einmal eine sozialistische Regierung vorhanden war. Aber irgendeinen ernsthaften Verdacht konnte man dieser sozialistischen Regierung nicht nachweisen. Mühte man doch im Stillen wenigstens anzuerkennen, daß gerade dem Reich die unbedingtesten Verdienste der thüringischen Sozialisten gelungener waren, aus der Vielheit der Kleinstaatlein eine thüringische Einheitsstaat erwachsen zu lassen. Die einige schöpferische Tat im republikanischen Deutschland — die Verschmelzung von sieben zu eins — war der Energie der Sozialdemokratie zu danken. Trod, im Anfang der Stürme gegen das rote Thüringen los, Trod, dem erschienen erst vereinzelt, dann immer häufiger die Vorboten des Kesseltreibens, das sich seit dem Einmarsch der Reichswehr erst zu seiner vollen Höhe erhob. Unter dem Schutz des Ausnahmezustandes wurde die moralische Vernichtung der Männer zum Ordnungsbündlerischen Gewerbe, die unter den schwierigsten Verhältnissen dem Lande und ihren Idealen zu dienen wußten.

Es ist richtig: Die thüringische Regierung hat mit der Republikanisierung der Beamtenchefs erst gemacht. Sie hat sogar der verpönten Fakultätsherrschaft der Universität einen Dämpfer aufgelegt und Lehrkräfte berufen, die nicht im ausgefahrenen Gleis der juristischen Fachwissenschaft dahertrotzten. Durch solche Maßnahmen hat sie sich ein Verdienst um die republikanische Entwicklung erworben, gleichzeitig sich aber die Todesfahne über derer ausgezogen, die um ihren ererbten Einfluß gekämpft wurden. Deshalb die persönliche Schmachtdrücke gegen Regierungsmitglieder, die aus der Arbeiterklasse stammten; deshalb der Säure von der Futtertrippe der — andere; deshalb endlich der Reichshof der Verleumdungen; deshalb die Spionage im Vorleben jedes einzelnen, die sich gar bis in die Unterholengeheimnisse erstreckten!

Wichtig: der General Haffe hat seine Aufgaben erfüllt. Er bewohnte mit seinem Stab 15 Zimmer im teuersten Hotel Weimars und ließ sein Pressbureau mit Galenkreuzplakaten zieren, trotzdem Seekritik mit der völkischen Partei auch deren Abzeichen verboten hatte. Der General kam zwar unter dem Vorzeichen, die thüringische Grenze gegen böhmische Ehrhardt- und Rossowbände zu schützen. Aber er vertrat keine Auftraggeber. Deshalb stellte er die — bis dahin nicht gefährdete — „Ruhe und Ordnung“ wieder her. Zwar die Ruhe fehlte noch, aber der „Ordnungsbund“ ist da und er hat sogar „gestiegt“. Das ist wenigstens ein Sieg, den die Reichswehr zwar nicht erforderte, aber doch organisieren geholfen hat. Dieser Ordnungsbund hat — soweit die Ziffern bisher reichen — fast die absolute Mehrheit im neuen Landtage. Von den Deutschnationalen über die Volkspartei und den thüringisch-nationalen Landbund bis zu den Gehler-Demokraten reicht seine Phalanx. Und triumphierend kann die bürgerliche Presse von der „Niederlage der Sozialdemokratie“ reden.

Diese Niederlage ist freilich keineswegs so katastrophal, wie es zunächst scheinen möchte. Sie ist vor allem juristisch auf die gefälligen Dienste, die die Kommunisten dem Ordnungsbund leisteten. Unsere Genossen in Thüringen haben im alten Landtage — ganz wie in Sachsen — versucht, mit den Kommunisten sachlich zusammenzuarbeiten. Ein Beginnen, das zum Scheitern verurteilt war, weil die Kommunisten nichts wissen wollten von ernster Arbeit auf parlamentarischem

Boden. Aber die Rücksicht, die ihnen entgegengebracht wurde, mußten sie aus, um die Sozialdemokratie mit noch ärgeren Schlammschüden zu überschütten, wie sie dem Ordnungsbund zur Verfügung standen.

Jetzt steht der neue Landtag vor der Aufgabe, eine neue Regierung zu bilden. Von 65 Mitgliedern zählt der Ordnungsbund 32 — darunter die Demokraten 3. Nun stehen auf der Seite des Bürgerturns noch 6 Völkische. Die sozialdemokratische Fraktion ist von 22 auf 15 reduziert, die Kommunisten sind von 6 auf 12 gestiegen. Allein kann der Ordnungsbund trotz allen Anstrengungen nicht regieren. Er wird auf die Völkischen angewiesen bleiben, wenn er überhaupt ein gemeinames Regierungsprogramm zwischen deutschnationalen Antisemiten und jüdischen Demokraten finden sollte. Die Demokraten machen es sich leicht. Sie sprechen, nachdem sie eben die Sozialdemokraten als regierungsunfähig erklärt haben, von der Notwendigkeit der großen Koalition. Das ist nur ein Symptom dafür, wie unbehaglich sich die „Sieger“ bei ihrem Siege fühlen.

Die Haffe-Wahl von Thüringen gibt einen Vorgeschmack für die Reichstagswahlen. Der Erfolg wird allen Scharfmachern den Kamm wachsen lassen. Wir aber denken daran, daß die Attentatswahlen von 1878 die Schutzoll-Wera eröffneten, die Parteiwahlen von 1887 neben einer Verschleierung des Wahlrechts neue Hölle brachten und die Gottentottwahlen mit dem Bülow-Blöde die neuen Steuern von 1909! Haffe-Wahlen in ganz Deutschland, bei denen wie damals die „Ordnung“ gegen die Sozialdemokratie gepredigt wird, würden neue Schutzollle und damit die Verarmung des Hungererlebens bringen. Wer hören kann, der höre!

Das Wahlergebnis

15 Sozialdemokraten, 12 Kommunisten, 32 Ordnungsbündler, 6 Völkische
Weimar, 11. Februar. (Sig. Draht.) Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis haben die Parteien folgende Stimmenzahlen auf sich vereint und dementsprechend folgende Mandate erhalten:

	Sozialdem.	K.P.D.	Ordnungsbund	Völkische
Wahlkr. I. Weimar	88 200 (3 Sitze)	55 600 (3)	110 800 (3)	17 800 (1)
II. Weimar	80 011 (5)	29 876 (2)	91 966 (7)	24 662 (2)
III. Weimaringen	46 200 (3)	82 558 (2)	83 500 (7)	13 582 (1)
IV. Arnstadt	40 603 (3)	50 171 (1)	88 836 (7)	21 249 (1)

Verständigung oder Zerspitterung?!

Das Weimarer Volksblatt bringt einen Artikel, der auf die bevorstehenden Kämpfe verweist, die Sammlung und Stärkung der proletarischen Kräfte fordern und führt dann weiter aus:

Der in wenigen Wochen stattfindende Reichsparteitag der Sozialdemokratie ist so ungünstig unmittelbar vor den Reichstagswahlen anberaumt, daß mit Rücksicht auf den Wahlkampf die Austragung der inneren Partei über die Taktik der Vergangenheit bestehenden Meinungsverschiedenheiten recht ungewöhnlich erscheint, und darum wohl auch nicht mit der notwendigen Schärfe und Klarheit zum Ausdruck kommen wird. Das wäre an sich nicht so schlimm, denn es kann sehr wohl Situationen geben, wo man unter die Vergangenheit einen biden Strich zieht und sich mit neuer Kraft über die Mittel und Wege klar wird, mit denen man die neuen Aufgaben zu lösen gedenkt. Aber die Basis der Taktik für die kommende Zeit zu finden, ist aber eine Überprüfung vergangener Maßnahmen und ihrer Auswirkungen nicht gut zu umgehen, und es wäre sehr bedauerlich, wenn man dies unter die Vergangenheit gezogenen Striches willens auch die Frage der neuen Taktik nicht mit der gebührenden Gründlichkeit diskutiert und geklärt würde.

Ganz besonders merkwürdig ist die im Interesse der Gesamtpartei geübte Zurückhaltung der sozialdemokratischen Linien von den Vertretern der Landtagsfraktionsmehrheit als Schwäche ausgelegt worden, aus der sie, offensiv vorgehend, eine gewisse Rechtfertigung ihres Verhaltens und ihres Disziplinbruches konstruieren.

Die Entscheidungen des letzten Landesparteitages und der Landesinstanzen waren so sonnenklar und reinen trotz allem die Möglichkeit der Verständigung, wenn der Wille dazu auf Seiten der Landtagsfraktionsmehrheit vorhanden wäre. Auch in der sächsischen Politik wäre durchaus die Möglichkeit gegeben, unter die Vergangenheit und unter das in manchen Wahlen schädliche Verhalten der Landtagsfraktionsmehrheit einen Strich zu ziehen, einen Strich, der als Basis für die Verständigung zu neuem gemeinsamen Handeln dienen könnte. Die Beschlüsse der Landesinstanzen und die später erfolgten Beschlüsse fast aller Bezirksvorstände in Sachsen weisen klar den Weg zu dieser Verständigung, der bei einigermaßen gutem Willen auf dem Boden der Landtagsauflösung gefunden werden könnte. Aber das eben scheint der springende Punkt zu sein und immer wieder klingt es aus den Ausführungen der Anhänger der Fraktionsmehrheit heraus, daß eine Landtagsauflösung der Hebel der Verständigung sei und daß um der Vermeidung dieses größten Hebels willen alle kleineren Hebel, zu denen man in diesem Zusammenhange

Auf die Landesliste entfallen außerdem für die Sozialdemokraten und Kommunisten je ein Mandat, für den Ordnungsbund zwei Mandate, für die Völkischen ein Mandat.

Abgegeben wurden insgesamt 803 215 Stimmen. Davon entfallen auf die V. S. P. D. 183 094 (15 Sitze), K. P. D. 140 205 (12 Sitze), Ordnungsbund 884 601 (32 Sitze), Völkische 76 718 (6 Sitze), Freier Wirtschaftsbund 3326 (0 Sitze), U. S. P. 6196 (0 Sitze).

Dem neuen thüringischen Landtag, der verfassungsgemäß acht Tage nach den Wahlen zusammentreten muß, werden folgende Mitglieder angehören: Aus dem ersten Wahlkreis die Sozialdemokraten Leber (Weimar), Koch (Jena), Wöhme (Weimar); aus dem zweiten Wahlkreis Minister Frelich (Weimar), Minister Greil (Gera), Gründer (Gera); aus dem dritten Wahlkreis Minister Herrmann (Weimar), Kary (Eisenach), Krenner (Weimaringen); aus dem vierten Wahlkreis Finanzminister Hartmann (Weimar), Staatsrat Wielig (Gehren), Staatsrat Bril (Weimar). Von den Völkischen wird der sächsische Antisemitische Propagator Dr. Arthur Dinter mit der „Sünde wider das Blut“ künftig das thüringische Parlament zieren. Die Demokraten entsenden die drei bisherigen Abgeordneten Dr. Krüger, Fr. Dr. Schulz und Professor Dr. Rosenfeld (Jena). Vom Landbund sind gewählt dessen thüringischer Führer Hofer und Dr. Wernid, von der Deutschen Volkspartei Dr. Wismann und der ehemalige Minister in Sonderhausen Dr. Vorn; neu in den Landtag zieht der bisherige Parteivorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Studententrat Kühn, ein. Unter den gewählten Kommunisten befinden sich die bisherigen Abgeordneten Zimmermann, Korch, Neubauer, Krenner, Wehner, Wisch und Vordach.

Die 32 auf die Liste des Ordnungsbundes genannten bürgerlichen Abgeordneten verteilen sich etwa wie folgt: 8 Deutsche Volksparteier (bisher 9), 5 Deutschnationaler (bisher 4), 12 Landbündler (bisher 10), 8 Demokraten, 2 Vertreter von Handwerk und Wirtschaft und 2 Vertreter anderer Berufsstände.

Die Thüringer Wahlen 1921

Bei den Wahlen im September 1921 wurden in Thüringen abgegeben für die

	Stimmen
Deutschnationalen	50 635
Deutsche Volkspartei	107 901
Landbund	125 319
Zentrum	7 254
Wirtschaftsbund	4 126
Demokraten	87 456
Sozialdemokraten	188 026
U.S.P.	109 971
Kommunisten	70 772

Die Gesamtzahl der bürgerlichen Stimmen war also mit 852 697 hinter der der Sozialdemokraten mit 883 709 Stimmen um rund 1100 Stimmen zurückgeblieben.

auch die große Koalition in Sachsen ähnl. geschlußd werden müssen.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse der durch den Disziplinbruch entstandenen Koalition rücken durchaus nicht nach praktischen Rettungsmöglichkeiten, und wenn wir an den in der kurzen Zeit schon erfolgten Abbau sozialistischer Notwendigkeiten auf den verschiedenen Gebieten denken, wenn wir daran denken, daß trotz der großen Koalition in Sachsen der Verlagerungsanstand immer noch nicht aufgehoben ist, und seine Aufhebung nach Wehlers Versicherungen immer noch in weiter Ferne liegt, dann bezeichnet man diese Koalition besser nicht als eine außerordentliche Rettungsmittel. Sei den Genossen, die praktisch in der Parteiarbeit stehen und die Kleinarbeit für unsere Organisation verrichten, gibt es keinen Zweifel darüber, daß durch die sächsische Koalition und die Art, wie diese Koalition zustande gekommen ist, die Sache des Proletariats und der Sozialdemokratie ganz außerordentlich geschädigt worden ist.

Sie kann von der Arbeiterschaft... nicht anerkannt werden, und darum wird die klärende Diskussion in Sachsen nicht abgebrochen werden können, bis die notwendige Klarheit über diese Frage und den Parteikonflikt geschaffen ist. Die Dinge liegen ganz einfach, wenn die Fraktionsmehrheit sich mit der Parteimehrheit auf dem Boden der Landtagsauflösung zusammenfinden würde. Aber dazu besteht bei den Genossen der Fraktionsmehrheit keinerlei Verlangen. Sie sitzen auf den Parlamentsstühlen, sie haben mit Demokraten und Deutscher Volkspartei im Parlament die Mehrheit und verfassungsrechtlich besteht keinerlei Möglichkeit, sie jetzt zur Durchführung der Landesparteitagsbeschlüsse zu zwingen. Die einzige Waffe dazu ist das vom Landesarbeitsausschuss eingeleitete Volksbegehren (das inzwischen von der Regierung zurückgewiesen worden ist, D. Red. d. Dr. Volksz.), eine weitere Waffe dazu wäre, das neue Organisationsstatut der Gesamtpartei, das jetzt im Entwurf vorliegt, das zwar noch nicht gültig ist, aber doch Klipp und Klar ausspricht, daß die Abgeordneten nur der Partei verantwortlich sind und von dieser jederzeit aberufen werden können. Die demnach in Sachsen stattfindenden Reichsparteitage, die nach dem Reichsparteitag die einwandfreie Grundlage der Organisation bilden, haben um der Klärung willen die Verpflichtung, die letzten Beschlüsse des Landesparteitages zu unterstreichen und auch in der sächsischen Frage klare Bahn für den Reichsparteitag zu schaffen.

Die Fraktionsmehrheit hat, um Zeit zu gewinnen, die Entscheidung auf den Reichsparteitag verschoben, der sich mitten im Posttagsbericht 40 Minuten lang mit dem sächsischen Konflikt beschäftigten soll, aber in dieser kurzen Zeit beim Be-